



PRESSEMITTEILUNG

Zum Auftakt des Kommunalwahlkampfes in Wiesbaden: Mehr als 3000 Unterschriften für bezahlbaren Wohnraum über- reicht

09.02.2021

Der DGB Kreisverband Wiesbaden Rheingau-Taunus und die Initiative „Gemeinwohl hat Vorfahrt“ haben im Sommer 2018 das Bündnis „Wohnraum muss bezahlbar sein“ ins Leben gerufen. Diesen Aufruf unterstützen die Katholische Kirche Wiesbaden, der AWO Kreisverband Wiesbaden, der Paritätische Wiesbaden sowie der AStA der Hochschule Rhein-Main.

Trotz der gut einjährigen Behinderung der Kampagne durch die Pandemie haben mehr als 3000 Menschen den Aufruf unterzeichnet.

Die Unterschriften wurden am 9. Februar 2021 von Vertreter*innen des Bündnisses dem Wiesbadener Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende überreicht.

Da die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum in Wiesbaden die Anstrengung aller politischen Verantwortungsträger*innen sowie aller demokratischen Parteien braucht, waren auch die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und Listen geladen.

Wie dramatisch die Wohnraummissere ist, offenbart die im November 2019 veröffentlichte repräsentative Studie der Landeshauptstadt „Leben in Wiesbaden 2018 - Wohnzufriedenheit und Wohnkostenbelastung“.

Aus ihr geht hervor: Nur 31 Prozent der Mieter*innen sind „sehr zufrieden“ – der Rest ist es nicht. Rund 70 Prozent betrachten die Wohnkosten als gewisse oder große Belastung. Fast ein Viertel der Mieter*innen müssen 40 Prozent des Nettoeinkommens für Miete aufbringen.

Sascha Schmidt (Vorsitzender des DGB Wiesbaden Rheingau-Taunus): „Eine solche Belastung ist für viele Menschen unzumutbar. Auch Bezieher*innen mittlerer

**DGB Kreisverband Wiesbaden-
Rheingau-Taunus**

PM

Sascha Schmidt
Kreisverbandsvorsitzender

Sascha.Schmidt@dgb.de

Telefon: 0611 401052
Telefax: 0611 400171
Mobil: 0160 97262929

Unser Zeichen: SaSch/MM

Bahnhofstr. 61
65185 Wiesbaden

<http://dgb-wiesbaden.de>

Einkommen fällt es immer schwerer, in Wiesbaden eine Wohnung zu einem vertretbaren Preis zu mieten. Es besteht dringender Veränderungsbedarf. Man muss die nächsten fünf Jahre nutzen, um diesen Zustand nachhaltig zu korrigieren.“

Hans-Georg Heinscher (GHV) betonte die Bedeutung des Umgangs mit Grund und Boden für das Thema: „Auf überteuertem Grund und Boden wächst kein preisgünstiger Wohnraum. Die Stadt muss deshalb den Verkauf von kommunalen Grundstücken einstellen. Sie darf städtische Grundstücke nur noch im Erbbau-recht an Dritte vergeben. Nur so lässt sich die Grundstücksspekulation wirksam eindämmen.“

Das Bündnis bot den Anwesenden die Chance zur Positionierung gegenüber den Forderungen des Bündnisses an. „Den erheblich umfangreicheren Gesamtkatalog unser Vorschläge haben wir allen Parteien und Wähler*innen-Vereinigungen, die zur Kommunalwahl antreten, mit der Bitte um Stellungnahme zugesendet. Die Antworten werden wir veröffentlichen. "An ihnen werden zumindest wir sie messen - und hoffentlich auch viele Wähler*innen", so Sascha Schmidt.